

# Kreishaushalt trägt „die Handschrift der SPD“

## Neues Konzept beschäftigt die Fraktion – Für Vollversorgung mit erneuerbaren Energien

**Landkreis. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen im Kreistag, der heute tagen wird, traf sich die SPD Kreistagsfraktion zu einer Fraktionsklausur in Regenstauf. Kreisvorsitzender Rainer Hummel ging dabei auf die Energie- und Klimapolitik im Landkreis ein. Auch in diesem Jahr, dem ersten Jahr nach Fukushima spielt das Thema Energie, insbesondere die Energiewende in Deutschland und im Landkreis eine große Rolle. Nach dem Atomausstieg müsse die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien in Deutschland das Ziel sein.**

Ein Umstieg auf erneuerbare Energien sei nach der festen Überzeugung der CSU schon aus sozialen Gesichtspunkten dringend geboten, weil für viele Bürger die Energiekosten längst zur „zweiten Miete“ geworden seien. Als wichtigstes Instrument bei der Umstellung habe sich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erwiesen, nach dessen Einführung sich der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland verdreifacht habe. Bayern, so Rainer Hummel, habe von seiner Spitzenstellung in den Bereichen Photovoltaik, Biogas, Geothermie und Wasserkraft ganz besonders von der EEG-Vergütung profitiert: „Vor allem unsere bayeri-

schen Landwirte sind Nutznießer des von der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingeführten Gesetzes. Auch wir im Kreistag haben im letzten Jahr, mit der Gründung der Energiegenossenschaften Weichen gestellt, um dieses ehrgeizige Ziel erreichen zu können“.

Der neue Haushalt trägt nach Ansicht des Vorsitzenden die Handschrift der SPD bei vielen Themen und insbesondere beim Thema Energie. 80 000 Euro seien für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes im Energieplane für den Landkreis in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eingeplant. Die Bemühungen um Konzepte und Möglichkeiten zur Energieeinsparung und zur Erzeugung von erneuerbaren Energien müssten sich fortsetzen.

### Höhere Attraktivität im ÖPNV

Kreisrätin Barbara Rappl bezog sich auf die Situation des ÖPNV im Landkreis. Aufgrund der ständig steigenden Spritkosten werde der Zuschussbedarf für die Attraktivität immer höher. Der Freistaat sei gefordert, die Mittelbereitstellung für den Öffentlichen Personen Nahverkehr zu erhöhen. Der Nahverkehrsplan des Kreistags sei ein wichtiger Schritt. Das neue Betriebsleitsystem, die geplanten

Querverbindungen und Linienverbesserungen seien dringend erforderlich, um den Landkreisbürgern Alternativen zum Individualverkehr anbieten zu können.

### Wichtige Ersatztrasse

Stellvertretender Landrat Josef Weitzer stellte die Folgen fehlender Verkehrsverbindungen im Raum Regensburg dar. Nachteilig auf den ÖPNV wirke sich nach wie vor die Brückensituation im Raum Regensburg aus.

Die Ersatztrasse für die Steinerne Brücke sei von hoher Bedeutung für die Buslinien aus dem nördlichen Landkreis in die Stadt Regensburg. Damit ließe sich die Fahrzeit der Busse aus dem Norden erheblich verkürzen, zudem würden die Straßen vom Verkehr stark entlastet werden. Auch neue Brücken im Westen von Regensburg, Sinzing und Kneiting würden dazu beitragen, die Fahrzeit der Linienbusse in die Stadt erheblich zu verbessern. „Jeden Morgen“, so Weitzer, „haben wir auf den Straßen aus dem nordwestlichen Landkreis ein erhebliches Verkehrsaufkommen, das im öffentlichen Nahverkehr zu einem nicht kalkulierbaren zeitlichen Risiko für die Buspendler wird“.

Durch wettbewerbsfähige Fahrzeiten der Busse und finanzielle Vorteile gegenüber dem Individualverkehr ließen sich seiner Überzeugung nach die Bürger zum Umsteigen auf den Bus motivieren. Mit der Fortführung der R30 zeichne sich eine gute Lösung für Obertraubling ab.

### Ganztagsbetreuung ausbauen

Fraktionsvorsitzender Johann Dechant analysierte für die Fraktion die Schulpolitik im Landkreis. Der Haushalt würde die Entscheidungen der letzten Jahre konsequent umsetzen. Am neuen Gymnasium in Lappersdorf werde zügig gebaut. An den Landkreisschulen in Neutraubling und Regenstauf würden die Anträge zur Schaffung von Räumen für die Ganztagsbetreuung umgesetzt. Die SPD vertrete den Standpunkt, dass das Angebot für gebundenen Ganztagsunterricht weiter ausgebaut werden und der Staat die Kosten übernehmen müsse.

Die Schulsozialarbeit, ein Grundanliegen der SPD, müsse ebenfalls weiter ausgebaut werden. Die Hauptlast der Gesamtkosten (475 000 Euro) trage mit 325 000 Euro der Landkreis mit den Kommunen. Auch hier ist der Freistaat in der Pflicht.